

PRESSEINFORMATION

Arbeitgeber lehnen Streiks im Nahverkehr als völlig überzogen ab

Berlin, 15. Februar 2012. Als Antwort auf das gestrige weiter nachgebesserte Angebot der Arbeitgeberseite reagiert ver.di mit einer Streikankündigung. „Derart massiv auf ein Entgegenkommen der Arbeitgeber BVG und BT zu reagieren, ist nicht nachvollziehbar und völlig überzogen“, so die Verhandlungsführerin und Geschäftsführerin des Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin).

Wiederholt legte der KAV Berlin für die Nahverkehrsarbeitgeber BVG und deren Tochterunternehmen BT verbesserte Angebote für die rund 12.500 Beschäftigten im Nahverkehr vor und bewies damit immer große Kompromissbereitschaft. Auch das gestern vorgelegte Angebot sieht bei einer Laufzeit bis Februar 2015 und einem Gesamtvolumen in Höhe von 38,6 Millionen Euro weitgehende Verbesserungen für die Beschäftigten vor:

- Stufenweise Tarifierhöhung: 2,3 Prozent mehr Entgelt ab Mai 2012, weitere 1,3 Prozent ab Juni 2013, und eine Erhöhung von 1,5 Prozent ab Juli 2014, sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro zum Januar 2015.
- Zusätzlich soll der Urlaubsanspruch auf 30 Tage für alle Arbeitnehmer bis 2015 vereinheitlicht werden. Bislang erhalten Arbeitnehmer differenziert nach Alter zwischen 26 und 30 Tagen Urlaub.
- Um den Arbeitnehmern bei der BT weitere Beschäftigungssicherung zu ermöglichen, boten die Arbeitgeber die Verlängerung der Anwendungsvereinbarung für die BT GmbH bis 2020 an.

Im Gegensatz dazu stehen die ver.di-Forderungen, die insgesamt ein Volumen von 62 Millionen Euro haben. „Der finanzielle Spielraum der kommunalen Arbeitgeber ist eng, eine derartige Forderung hätte außerordentliche Fahrpreiserhöhungen zur Folge, die alle Berliner und Berlinerinnen zu tragen hätten.“, so Claudia Pfeiffer. Deshalb appelliert sie in Richtung ver.di: „Es ist überhaupt nicht verhältnismäßig, angesichts dieses Angebotes der Nahverkehrsarbeitgeber die Berliner bei den aktuellen Temperaturen auf den Bahnsteigen und Bushaltestellen buchstäblich in der Kälte stehen zu lassen. Das Verständnis und der Rückhalt der Berliner Bevölkerung für einen Streik dürfte bei diesen Gehaltssteigerungen nicht besonders groß sein. Es gibt nur einen Weg für eine Lösung - und der heißt Verhandlungstisch“.

Pressekontakt:

KAV Berlin, Silke Leicht-Gilles, Goethestraße 85, 10623 Berlin
Tel: + 49 (0) 30-21 45 81-17, Mobil: +49 (0) 151-25 28 76 70, E-Mail: silke.leicht-gilles@kavberlin.de
Internet: www.kavberlin.de

Der **Kommunale Arbeitgeberverband Berlin** vertritt die Arbeitgeberinteressen der kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Berlin und zählt u.a. die BSR, die Berliner Wasserbetriebe, die BVG, die Vivantes-Kliniken, die Hochschulen, kulturelle und soziale Einrichtungen sowie Wohnungsgesellschaften zu seinen Mitgliedern. Weitere Informationen unter www.kavberlin.de
